

Beschlüsse des Ausschusses für Bildung und Kindertagesbetreuung
vom 1. April 2019

*

Tagesordnungspunkt:

Regionales Beratungs- und Unterstützungszentrum Nord / Angebote und Schwerpunkte in Burglesum

Beschluss (einstimmig):

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis. Er erwartet eine verbindliche Kooperation und gemeinsame Verantwortungsübernahme zwischen den Ressorts der Senatorin für Kinder und Bildung und der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport.

Tagesordnungspunkt:

Schulkonzept Oberschule Lesum

- **Bauplanung**
- **geplante Grundschule Am Heisterbusch**

Beschluss (einstimmig):

Der Ausschuss nimmt den schriftlichen Bericht zur Kenntnis. Die Senatorin für Kinder und Bildung wird gebeten, eine konkrete Zeitschiene für den geplanten Ausbau (Planungsschritte) der Oberschule Lesum und der geplanten Grundschule Am Heisterbusch zu nennen. Ebenso möchte der Ausschuss informiert werden, welche Interimslösung während der Planungs- und Bauphase vorgesehen ist. Der Ausschuss erwartet eine Vorstellung des Maßnahmenpaketes vor Dezember 2019.

Die Senatorin für Kinder und Bildung und Immobilien Bremen werden aufgefordert, umgehend die baulichen - teils gesundheitsgefährdenden, teils sicherheitsrelevanten Mängel an der Oberschule Lesum, Standort Am Steinkamp, zu beseitigen. Ein weiteres Hinauszögern bis zu einer geplanten Gesamtanierung/Neubau findet beim Bildungsausschuss keine Akzeptanz.

Begründung:

Seit mehreren Jahren kämpft die Schule um die Instandsetzung der Fenster in diversen Räumen. Diese sind marode und lassen sich nicht mehr öffnen. Die Räume können dadurch nicht mehr belüftet werden. Auch entsprechen diese Fenster nicht mehr den Sicherheitsbestimmungen.

In der Aula ist in den Wintermonaten; auf Grund der schlechten Isolation, eine Beheizung nicht mehr möglich. Die Beleuchtung in den Fluren ist mangelhaft. Eine Sicherheitsbeleuchtung fehlt z.T. komplett. Die Dächer sind undicht. Regelmäßig müssen auch hier betroffene Räume gesperrt werden.

Tagesordnungspunkt:

Aktueller Sachstandsbericht zum Ausbau

- **der Grundschulen Landskronastraße und Burgdamm**
- **der Oberschule Helsinkistraße**

Beschluss (einstimmig):

Der Ausschuss für Bildung und Kindertagesbetreuung kritisiert, dass kein Vertreter von der Senatorin für Kinder und Bildung anwesend ist.

Zur Burgdammer Schule erwartet der Ausschuss eine zügige Umsetzung der geplanten Maßnahmen. Immobilien Bremen wird aufgefordert, die benötigten Unterrichtsräume zum Schuljahreswechsel 2019/2020 zur Verfügung zu stellen. Der Ausschuss möchte den Untersuchungsbericht zur Nutzung der Hausmeisterwohnung übermittelt bekommen. Die Kapazitäten sind an den steigenden Schülerzahlen anzupassen. In die Gesamtplanung muss neben den Unterrichtsräumen auch die Mensa mit einbezogen werden.

Zur Oberschule Helsinkistraße erwartet der Ausschuss einen Statusbericht nach dem 10.04.2019, vor den Bürgerschaftswahlen.

Dringlichkeitsantrag zur Einhaltung der Beiratsrechte

Beschluss (einstimmig):

Der Ausschuss für Bildung und Kindertagesbetreuung des Beirates Burglesum rügt die späte Zusendung des schriftlichen Berichts zum Schulausbau in Burglesum und sieht darin eine Verletzung des Informationsrechts und eine Einschränkung des Beirats.

Begründung:

Gemäß § 7 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter sind die zuständigen Stellen an einer Teilnahme an der Sitzung verpflichtet. Die Einladung ist mindestens drei Wochen vor der Sitzung zu übersenden. Darüber hinaus sind fachliche Auskünfte innerhalb eines Monats zu erteilen.

Im aktuellen Fall hat der Ausschuss über das Ortsamt am 05.02.2019 um eine Übersicht über die Schulausbauplanung Stadtteil Burglesum gebeten. Das heißt, dass der Ausschuss erwartet hat, dass jemand in die Sitzung kommt, wenn es etwas Neues zu berichten gibt.

Dieses ist nicht der Fall und in Absprache mit dem Ausschussprecher wurde das Nichterscheinen akzeptiert, trotz Verpflichtung zur Entsendung eines Vertreters/einer Vertreterin gem. § 7 Abs. 1 Ziff.

2 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter. Als Alternative wurde ein schriftlicher Bericht zugesagt.

Dieser erreichte den Ausschuss über das Ortsamt erst am 29.03.2019 (3 Tage vor der Sitzung), was eine inhaltliche Vorbereitung erschwert. In Anlehnung an die Frist für Anfragen hätte eine schriftliche Stellungnahme im Idealfall bereits am 05.03.2019 vorliegen müssen.

Der Ausschuss erwartet zukünftig die Einhaltung der Beiratsrechte.